

**Vorlage**

Drucksachen-Nr.:	<b>FV/019/2023/AfD</b>
Einreicher:	Fraktion Alternative für Deutschland (AfD)
Verantwortlich für die Umsetzung:	Der Oberbürgermeister

Beratungsfolge	Termin	Abstimmungsergebnis	Bestätigung
Haupt- und Personalausschuss	04.10.2023	zurückgestellt	
Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	05.10.2023	zurückgestellt	
Stadtrat	01.11.2023	Ja 15 Nein 19 Enthaltung 6 abgelehnt	

**Titel:**

Gendern in der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben abschaffen

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Abschaffung der Gender-Sprache in der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben.
2. In der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben wird wieder das ganz normale Hochdeutsch gesprochen und geschrieben.

**Finanzierung:**

**Begründung:** siehe Anlage 1

**Anlage 1:**

Der Rat für deutsche Rechtschreibung will auch im Jahr 2023 das Gender-Sternchen und Co. nicht in das amtliche Regelwerk aufnehmen. Bereits 2021 lehnte dieser Rat das ab.

Gendern ist kompliziert und hässlich. Das sicherlich am häufigsten erwähnte Argument gegen das Gendern ist die fehlende Ästhetik. Sonderzeichen, wie Gendersternchen und Gendergap, oder das Binnen-I, fallen in einem Text einfach durch die äußere Erscheinung auf und sorgen bei Sprachlernenden für noch mehr Verwirrung.

Am Arbeitsplatz wird vermehrt darüber diskutiert, ob die Arbeitgeber dazu verpflichtet sind, in ihrer Firma zu gendern. Viele verlangen eine gesetzliche Regelung, die es so aktuell nicht gibt. Grundsätzlich gibt es in Deutschland keine gesetzliche Verpflichtung für Arbeitgeber, gendergerecht zu formulieren.

Der MDR hatte dazu eine repräsentative Umfrage gestartet, an der sich fast 26.000 Personen aus Mitteldeutschland beteiligten (Stand 22. Juli 2023). Für 84% ist diese Gender-Debatte unwichtig. Das Bildungsministerium in Sachsen-Anhalt hat mittlerweile das Gendern in den Schulen verboten. Aus diesem Grund muss das Gendern im Dessau-Roßlauer Rathaus und in den städtischen Eigenbetrieben gestoppt und zur deutschen Muttersprache zurückgekehrt werden.

Für den Einreicher:

Andreas Mrosek  
Vorsitzender der Fraktion AfD

abgelehnt im Stadtrat am 01.11.2023

Frank Rumpf  
Stadtratsvorsitzender